

# mitarbeiten 02/09

## Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de) und [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de) G12970

### Zwischenbilanz eines Förderprogramms

## Integration junger Migrantinnen und Migranten

*Der Bedarf an Fördermaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten ist hoch. Das zeigt die hohe Zahl an Projektanträgen für das Förderprogramm »Integration junger Migranten«. Mit dem Programm, das die Stiftung MITARBEIT mit Mitteln der Robert Bosch Stiftung durchführt, hat sich ein förderpolitisches Instrument etabliert, das ein breites Spektrum an Projektideen umzusetzen hilft und viele, ganz unterschiedliche Projektträger erreicht.*

Integration zielt auf eine chancengerechte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Zahlreiche Studien und Untersuchungen belegen, dass für die Integrationsförderung in Deutschland noch viel zu tun ist. Der 2008 erschienene nationale Bildungsbericht kommt beispielsweise zu dem Ergebnis, dass in Deutschland ein Migrationshintergrund in allen Stufen des Bildungssystems zu Benachteiligungen führt. Als eine zentrale Herausforderung der nächsten Jahre fordert der Bericht eine frühe und differenzierte Förderung bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Hier setzt das Programm »Integration junger Migranten« an. Es will junge Menschen mit Migrationshintergrund so unterstützen und ermutigen, dass sie ihre Talente entfalten können. Im Rahmen des Programms können lokale Praxisprojekte gefördert werden, die die Integration junger Migrant/innen sowie gemeinsame Aktivitäten junger Menschen unterschiedlicher Herkunft ermöglichen. Wichtigste Voraussetzung ist, dass Migrant/innen selbst aktiv an der Planung und Durchführung der Projekte beteiligt sind. Besondere Berücksichtigung finden Projekte, die bürger-

gesellschaftliches Engagement einbeziehen und die sich auch an Eltern junger Migrant/innen richten. Pro Ausschreibungsrunde stehen dafür 150.000 Euro zur Verfügung, jedes bewilligte Projekt kann mit bis zu 5.000 Euro und für maximal zwei Jahre gefördert werden. Seit Beginn des Programms im Jahr 2005 gingen fast 1.400 Anträge ein, insgesamt wurden bisher rund 850.000 Euro durch die Robert Bosch Stiftung bereitgestellt.

Das Programm erreichen Anträge von kommunalen Infrastruktureinrichtungen wie Schulen, Kindertagesstätten und Jugendzentren, von Initiativen, Vereinen und Verbänden ebenso wie von Migrantenorganisationen aus der ganzen Bundesrepublik. Anträge zu den Themen Kultur und Bildung, Freizeit und Begegnung, aber auch zu politischer Partizipation stehen dabei im Vordergrund. Zielgruppen der eingereichten Projektideen sind Kinder und Jugendliche von 10 bis 18 Jahren, junge Erwachsene bis 27 Jahren, Kindergartenkinder und Eltern.

Eine Mehrzahl der Anträge sind nationalitätenübergreifend angelegt. Wenn man die spezifische Herkunft der jungen Menschen betrachtet, so ergibt sich ein Abbild der bundesdeutschen Einwanderungsrealität: neben einzelnen Ländern wie Afghanistan, Bosnien, Irak, Pakistan, Syrien oder Vietnam sowie verschiedenen (schwarz-) afrikanischen Ländern geben rund 50 % aller Befragten als Herkunftsland die Türkei, die GUS oder Russland an.

Wie vielfältig die Ideen sind, die an das Programm herangetragen werden, zeigen einige Projektbeispiele. Die Gesellschaft für Völkerverständnis Leipzig hat unter dem Titel »MigraFon« einen Radioworkshop veranstaltet, der



Foto: Cisela Gürtler



(Fortsetzung von Seite 1)

## Integration ...

sich an Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 12 bis 16 Jahren richtete. Die Teilnehmer/innen konzipierten und produzierten eigenständig eine Radiosendung zum Thema »Arm und Reich«. Ein lokaler Leipziger Radiosender strahlte die Sendung im Dezember 2008 aus.

Die VHS Ennepe-Ruhr-Süd aus dem nordrhein-westfälischen Gevelsberg gestaltete in Zusammenarbeit mit Jugendlichen einen interkulturellen Jahreskalender für 2009. Für den Kalender sammelten die Jugendlichen Bilder, Texte und Hintergrundinformationen zu religiösen und kulturellen Feier- und Festtagen sowie Informationen zu lokalen Akteuren der Integrationsarbeit.

Das Projekt »Fit for job!« der Arbeiterwohlfahrt in Tuttlingen ermöglichte in Kooperation mit dem örtlichen Jugendmigrationsdienst Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine dreimonatige, den offiziellen Integrationskurs des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ergänzende Sprachförderung mit berufsbezogenen Inhalten. Mit dem dadurch erreichten höheren Sprachniveau haben die Teilnehmer/innen nun verbesserten Zugang zu Ausbildung, Studium oder Beruf.

*Die aktuelle Ausschreibung des Programms läuft noch bis zum 31. Juli 2009. Ausführliche Informationen und das Antragsformular finden Sie online unter [www.mitarbeit.de/integrationmigranten.html](http://www.mitarbeit.de/integrationmigranten.html)*

## Im Fokus: Demokratie und Beteiligung

Lobbyismus und Demokratie, Chancen der E-Partizipation, Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung: das sind nur einige der Themen, mit denen sich Autorinnen und Autoren in der Publikation »Im Fokus: Demokratie und Beteiligung« auseinandersetzen. Die Broschüre bündelt wichtige Autorenbeiträge, die im Rahmen des Online-Newsletters des Wegweiser Bürgergesellschaft ([www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)) im vergangenen Jahr veröffentlicht worden sind.

In der Newsletter-Rubrik »Im Fokus« werden seit dem Frühjahr

## Neuerscheinung

# Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten

*Wie können Zukunftswerkstätten als nachhaltiges Instrument der Projektentwicklung und -umsetzung für Non-Profit-Organisationen (NPO) optimiert und nutzbar gemacht werden? Eine neue Publikation untersucht Veränderungsprozesse, die mit Hilfe der Zukunftswerkstattmethode organisiert wurden. Ein Ergebnis der empirischen Studie: Die Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten hängt von der Bereitschaft des Auftraggebers ab, den gesamten Umsetzungsprozess zu sichern.*

Zukunftswerkstätten sind ein soziales Problemlösungsverfahren, das ursprünglich die »Demokratisierung von unten« befördern sollte. Inzwischen hat sich die Form des dialogischen und demokratischen Lernens in Zukunftswerkstätten neue Anwendungsfelder erschlossen. Die Autorin Claudia Stracke-Baumann versteht Zukunftswerkstätten als ein partizipatives, kreatives und zielorientiertes Methodenkonzzept, mit dem Organisations Veränderungsprozesse organisieren können. Es ermöglicht den Beteiligten, aus visionärer Perspektive heraus Lösungs- und Handlungsansätze zu entwickeln.

Die vielfältig erprobte Methode wurde in den 1960er Jahren von Robert Jungk und Norbert R. Müllert entwickelt. Eine typische Zukunftswerkstatt verläuft in drei Phasen: Kritik- und Beschwerdephase, Phantasie- und Utopiephase sowie Ver-

wirklichungs- und Praxisphase. Die Autorin entwickelt ein Modell zur Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten. Für Stracke-Baumann bedeutet Nachhaltigkeit, dass Menschen demokratische Gestaltungschancen erhalten, um ihr Lebensumfeld zu entwickeln. Nachhaltigkeitsorientierte Zukunftswerkstätten sind demnach als Veränderungsprozesse zu verstehen, bei denen die Umsetzung der von den Beteiligten entwickelten Projektideen im Vordergrund steht. Das Modell zeigt, wie Teilnehmer/innen, Auftraggeber/innen und Moderatoren/innen die Nachhaltigkeit einer Zukunftswerkstatt fördern können.

*Stracke-Baumann, Claudia: Nachhaltigkeit von Zukunftswerkstätten. Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 23, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2009, ISBN 978-3-941143-01-2, zu beziehen über den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)*



2008 Themen und Fragestellungen der Zivilgesellschaft auch einmal aus ungewohnter Perspektive angegangen, hier finden sich neue Denkanstöße zu gesellschaftlichen Debatten. Die Autorinnen und Autoren untersuchen die demokratie- und beteiligungspolitische Verfassung in Deutschland. Allen Beiträgen gemeinsam ist der engagierte Blick auf die Zivilgesellschaft, alle Beiträge demonstrieren zudem, dass

es nicht an Vorschlägen oder Ideen mangelt, um die notwendige partizipative Reform unserer Demokratie anzugehen.

*Stiftung MITARBEIT (Hrsg.): Im Fokus: Demokratie und Beteiligung. Eine Auswahl von Autorenbeiträgen des Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 2008. mitarbeiten.skrript 02, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2009, 80 S., ISBN 978-3-941143-02-9, zu beziehen über den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)*



## Die europäische Zivilgesellschaft mitgestalten

*Das bürgerschaftliche Engagement in und für Europa möchte das EU-Förderprogramm »Europa für Bürgerinnen und Bürger« (EFBB) voranbringen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen motiviert werden, die europäische Integration aktiv mitzugestalten und eine europäische Zivilgesellschaft zu etablieren. Die EFBB-Kontaktstelle Deutschland in Bonn bietet zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kommunen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern Informationen über das EU-Programm und berät bei der Antragstellung. Die EU stellt für das Programm (Laufzeit 2007–2013) insgesamt 215 Mio. Euro zur Verfügung.*

Das EFBB-Programm besteht aus vier unterschiedlichen Maßnahmebereichen. Aktion 1 »Aktive Bürger/innen für Europa« unterstützt Bürgerbegegnungen und thematische Netzwerke zwischen europäischen Partnerstädten oder solchen, die es werden wollen. Gefördert werden aber auch Bürgerprojekte, mit denen innovative Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung erprobt werden.

Aktion 2 richtet sich unter dem Titel »Aktive Zivilgesellschaft für Europa« an zivilgesellschaftliche Organisationen auf lokaler, regionaler oder auf Bundesebene. Hier können beispielsweise Betriebsko-

sten- und Projektkostenzuschüsse beantragt werden. Gefördert werden transnationale Kooperationsprojekte von Vereinen, Verbänden und weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit Fragestellungen von europäischem Interesse befassen.

Die Aktion 3 »Gemeinsam für Europa« unterstützt die Ausrichtung von Großveranstaltungen, die sich mit Fragen einer aktiven europäischen Bürgerschaft beschäftigen.

Die »Aktive Europäische Erinnerung« wird mit der Aktion 4 in den Blickpunkt gerückt. Mit dieser Maßnahme unterstützt die Europäische Union die Erinnerungsarbeit von

Gedenkstätten, Mahnmalen und Archiven. Antragsberechtigt sind u.a. Nichtregierungsorganisationen, Museen, Bildungseinrichtungen, religiöse Organisationen sowie Organisationen aus dem Bereich des freiwilligen Engagements.

Alle im Rahmen des EU-Programms geförderten Projekte, Studien, Veranstaltungen oder Publikationen sind an bestimmte Kriterien gebunden: Sie müssen Bürger/innen der EU über Grenzen hinweg zusammen bringen, die voneinander lernen und gemeinsam die Zukunft Europas mitgestalten wollen. Sie sollen Debatten und Aktivitäten anregen, die zur Reflexion über die gemeinsamen Werte, die Geschichte und Kultur in Europa beitragen und bei den Bürger/innen das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft der EU wecken. Schließlich sollen sie Toleranz und Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen und Lebensstile der Menschen in Europa fördern.

Für alle Aktionen gibt es detaillierte Programtleitfäden zu Antragstellung und Auswahlverfahren.

*Ausführliche Informationen unter [www.kontaktstelle-efbb.de](http://www.kontaktstelle-efbb.de) und unter [http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/about\\_citizenship\\_de.php](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/programme/about_citizenship_de.php)*

## Engagement im Quartier und kommunale Bürgerorientierung

*Eine nachhaltige Bürgerorientierung in der Stadtplanung und -entwicklung setzt eine Wandlung des traditionellen Rollen- und Selbstverständnisses in Verwaltung und Politik sowie eine grundlegende Veränderung kommunalen Handelns voraus. Das ist eines der Ergebnisse des mehrjährigen Projekts »Engagement im Quartier und kommunale Bürgerorientierung«, das der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) durchgeführt hat.*

Seit mehr als 60 Jahren setzt sich der vhw für eine nachfrageorientierte Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ein, die es den Bürger/innen ermöglicht, ihre Vorstellungen von angemessenem Wohnen zu verwirklichen. Der Verband orientiert sich bei seiner Arbeit am Leitbild der Bürgergesellschaft. Er will die Partizipation und Souveränität der Bürger/innen stärken.

Wer die Stadtentwicklungspolitik neu gestalten will, muss sich

aus Sicht des vhw an den Bürger/innen und deren Interessen orientieren: Welche Teilhabemöglichkeiten sind möglich, welche Voraussetzungen sind dafür zu schaffen und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Gestaltung kommunaler Kommunikations- und Kooperationsprozesse. Für Kommunen, die Bürger/innen an der Meinungsbildung zu Themen, die sie betreffen (z.B. die Stadtplanung) beteiligen und die das Zusammenspiel

des lokalen Engagements und des kommunalen Handelns gestalten wollen, hat der vhw einige Thesen formuliert: Neben einem grundsätzlichen kommunalen Bekenntnis zur Bürgerorientierung müssen auf kommunaler Ebene vor allem sozialraum- und zielgruppenorientierte Ansätze der Engagementförderung entwickelt werden. Dazu ist es unerlässlich, eine kommunale Infrastruktur zur Engagementförderung bereitzustellen. Übergeordnetes Ziel muss es nach Ansicht des vhw überdies sein, in den nächsten Jahren die bürgerbeteiligende Praxis »von der Spitze in die Breite« weiterzuentwickeln. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn kommunale Akteure qualifiziert und das gemeinwohlorientierte Engagement in Kommunen geschätzt und gewürdigt wird.

*Ausführliche Informationen zur Arbeit des vhw finden sich unter [www.vhw.de/nc/home/](http://www.vhw.de/nc/home/)*

## Kooperationen in der Stadtentwicklung

Es sind die Bürgerinnen und Bürger, die lokale Wirtschaft, Verbände, Vereine und auch die Akteure aus Verwaltung und Politik, die eine Stadt wesentlich prägen. Was liegt näher, als diese zusammenzubringen, damit sie gemeinsam an der Entwicklung ihres Stadtteils oder ihrer Stadt arbeiten und Lösungen für anstehende Probleme entwickeln und umsetzen? Doch die Initiierung, Gestaltung und Umsetzung entsprechender Kooperationen ist kein einfaches Unterfangen. Sie birgt vielfältige Herausforderungen, denen man mittels eines durchdachten Prozessmanagements begegnen kann.

Das Seminar (15. bis 17. Mai in Bonn) stellt die Frage in den Mittelpunkt, wie eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Bürgerschaft, lokaler

Wirtschaft und Kommune in der Stadt(teil)-entwicklung angestoßen und ausgestaltet werden kann. Es werden mögliche Probleme und Schwierigkeiten angesprochen, näher beleuchtet und alternative Lösungswege aufgezeigt. Beispielprojekte aus der Praxis veranschaulichen Herausforderungen und mögliche Lösungen. Das Seminar bietet Raum, Fragestellungen, Probleme und Themen der Teilnehmenden gemeinsam zu analysieren und zu bearbeiten.

Es richtet sich an Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Vereinen, Verbänden, Bürgerschaft und Kommune, die Stadtentwicklungsprozesse aktiv gestalten wollen. Nähere Informationen bei Marion Stock ([stock@mitarbeit.de](mailto:stock@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Medien und Demokratie

Wie in den Vorjahren unterstützt die Stiftung MITARBEIT auch 2009 die Jahrestagung von *Mehr Demokratie e.V.* Dieser bundesweite Zusammenschluss fördert die Direkte Demokratie in Deutschland. Ziel ist es, eine Kultur der Beteiligung und des Dialogs zu etablieren.

Plurale und demokratische Meinungsbildungsprozesse sind für demokratische Systeme unverzichtbar. »Demokratie und Medien« ist deshalb das Schwerpunktthema der Jahrestagung 2009 (26.–28. Juni 2009 in Fulda bei Kassel). Die Tagung will die wechselseitigen Beziehungen zwischen Direkter Demokratie und Medien näher

beleuchten. Inwieweit werden »die Medien« ihrer Funktion als »vierte Gewalt« unter heutigen Bedingungen noch gerecht? In welchem Zustand befindet sich die politische Öffentlichkeit in Deutschland? Welche Folgen haben die Rückbildungen und Zerfallsprozesse der politischen Öffentlichkeit für die Direkte Demokratie? Und wie wirkt sich umgekehrt Direkte Demokratie auf Berichterstattung und Medienschaffende aus? Kann die Direkte Demokratie den Medienalltag positiv beeinflussen?

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer ([leinauer@mitarbeit.de](mailto:leinauer@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Wie geht es weiter mit der Bürgerkommune?

Das Städte-Netzwerk CIVITAS gründete sich 1999 im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs der Bertelsmann Stiftung zur bürgerorientierten Kommune. Im Jahr 2005 sind aus den beteiligten Kommunen elf CIVITAS-Botschafterinnen und -Botschafter hervorgegangen, die seither ihre Erfahrungen bundesweit weiter tragen.

Die Stiftung MITARBEIT unterstützt die diesjährige Tagung des CIVITAS-Netzwerks (23. bis 24. April 2009 in Nürtingen) anlässlich seines 10-jährigen Bestehens. Die Tagung

bietet ein vielfältiges, partizipatives Programm mit Visionen, Fokusgruppen, Spontan-Theater, Impulsvorträgen und World-Café. Zentrale Fragestellung ist, wie die Bürgerkommune den künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen kann. Die Ergebnisse der Tagung sollen in dem gemeinsamen »Nürtinger Civitas-Manifest« für Bürgerkommunen zusammengeführt werden.

Nähere Informationen bei Marion Stock ([stock@mitarbeit.de](mailto:stock@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

### Seminar

## Praxis Bürgerbeteiligung

Prozessverantwortliche und Initiator/innen von Bürgerbeteiligung stehen vor der Herausforderung, Beteiligungsprozesse erfolgreich, nachhaltig und für alle Teilnehmenden zufriedenstellend zu gestalten. Es gilt aus der Fülle der Beteiligungsverfahren dasjenige auszuwählen, das am besten passt. Gleichzeitig muss der Prozess Flexibilität zulassen, um eine rasche Reaktion bei Veränderungen und Störungen zu ermöglichen. Kein leichtes Unterfangen angesichts einer Vielzahl von unterschiedlichen Akteur/innen, Erwartungshaltungen, Zielvorstellungen und Rahmenbedingungen.

Das Seminar (18.–20. Juni 2009 in Bremen) behandelt die Anforderungen, die an die Praxis der Bürgerbeteiligung gestellt werden, die (Rahmen-) Bedingungen solcher Prozesse und die Umsetzungsmöglichkeiten. Am Beispiel der Praxisprojekte der Teilnehmenden werden aktuelle Fragen und Probleme aufgegriffen. Praktiker/innen des CIVITAS-Netzwerkes berichten in Workshops über ihre Praxiserfahrungen.

Nähere Informationen bei Marion Stock ([stock@mitarbeit.de](mailto:stock@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

### Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:  
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg  
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.